

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 98 (2001)
Heft: 9

Rubrik: Veranstaltungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neue Familienpolitik – Strategie zur Armutsbekämpfung?

SKOS-Kongresshaustagung in Zürich

An der SKOS-Kongresshaustagung vom 15. November steht die Familienpolitik im Zentrum. Sie ist, so die SKOS, «zu einem sozialpolitisch brisanten Thema geworden. Endlich!» Die Rahmenbedingungen, unter denen Familien in der Schweiz heute leben, sind bekannt – die SKOS thematisiert nun die für die Sozialhilfe wichtigen Fragen:

- Armut trifft v. a. junge Familien: Kinder sind nachgerade ein Armutsrisiko. Was bedeutet dies für die Sozialhilfe? Gibt es Auswege aus dieser Situation?
- Die Berufstätigkeit beider Eltern wird zum Normalfall, aus ökonomischer Notwendigkeit und weil die Wirtschaft Arbeitskräfte braucht. Was bedeutet dies für Familien, die Mütter und Väter, die Kinder? Wie steht es mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen?
- Das traditionelle Familienmodell stimmt mit der Realität nur teilweise überein. Welche familienpolitischen Ansätze müssen Bund, Kantone und Gemeinden entwickeln, um dieser neuen Realität gerecht zu werden?

Welcher Beitrag?

Im Zentrum der Informationstagung steht die Frage, was eine zeitgemässe Familienpolitik zur Armutsbekämpfung beitragen kann. Sozialleistungen, Sozialhilfe, Schulmodelle, Betreuungsformen, Steuersysteme: Ihr Beitrag wird aus fachlicher und politischer Sicht diskutiert, zudem sollen Handlungsmög-

lichkeiten auf allen staatlichen Ebenen aufgezeigt werden.

Für Referate und Diskussionsbeiträge an der von Walter Schmid, Präsident der SKOS, geleiteten Informationstagung konnten verpflichtet werden: Chiara Simoneschi, Nationalrätin und Präsidentin der eidg. Frauenkommission, «Familienpolitik findet im Kopf statt»; Esther Waeber-Kalbermatten, Grossrätin, Gemeinderätin Ressort Soziales Brig, «Gesetze machen ist nicht schwer – und das Umsetzen?»; Anna Liechti, pro juvenile, «Familienpolitik in der Gemeinde – vernetztes Denken tut not!»; Werner Haug, Bundesamt für Statistik, «Familie – was ist das?»; Jürg Krummehner, Direktor Caritas Schweiz, stellt als deren Präsident die Position der eidg. Kommission für Familienfragen vor; Andrea Lafranchi, Leiter Fachstelle interkulturelle Pädagogik, «Familienergänzende Kinderbetreuung – ein Integrationsfaktor». Einem Gespräch zum Thema «100 Millionen für Kinderkrippen – zwischen Traum und Wirklichkeit» stellen sich die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr und der Vizedirektor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes Hans Rudolf Schuppisser.

Datum/Ort: 15. November 2001, Kongresshaus, 9.30 (ab 8.45 Empfang) – 16 Uhr Gotthard-/Claridenstrasse, Zürich.

Kosten: Fr. 150.– (Mitglieder), Fr. 200.–, inkl. ME.

Auskunft/Anmeldung bis 20. Oktober: SKOS, Mühlenplatz 3, PF, 3000 Bern 13, Tel. 031/326 19 19, Fax 031/326 19 10, e-mail: admin@skos.ch

Mitgefangen: Die Gefangenen und ihre Angehörigen

Die Angehörigen von Gefangenen werden im Gefängnisalltag nur wenig wahrgenommen. Für die Öffentlichkeit sind Angehörige von Inhaftierten mit dem Makel einer Straftat belastet. Zu den materiellen Schwierigkeiten, mit denen die Angehörigen zu kämpfen haben, kommt darum die Ausgrenzung hinzu. Hilfe anzubieten ist schwierig. Soziale Dienste und die Helfer vor Ort kennen die Bedingungen und Schwierigkeiten des Strafvollzugs zu wenig und die BetreuerInnen im Strafvollzug sind an Vollzugsregeln gebunden und sind von ihrer zeitlichen Beanspruchung her an Grenzen. Mit einführenden Referaten zum familiären Kontext bei Straftaten, zur Situation von Angehörigen, im speziellen von ausländischen Gefangenen oder von Angehörigen als Opfer des Inhaftierten, wird die Tagung eröffnet. An

beiden Kurstagen werden Workshops angeboten, z.B. zum Thema Untersuchungshaft, Kinder von Straffälligen und ausländische Gefangene. An der von der Caritas-Fachgruppe «Reform im Strafwesen» und der Paulus-Akademie veranstalteten Tagung werden am zweiten Tag Ansätze des Einbezugs von Angehörigen in die Resozialisierungsbemühungen vorgestellt.

Datum/Ort: Donnerstag/Freitag, 27./28. September 2001, Ende der Tagung am Freitag Mittag. Paulus-Akademie, Zürich.

Kosten: Tagungskosten (ohne Übernachtung und Essen) Fr. 160.–, für Studierende und Freiwillige Fr. 85.–.

Infos/Anmeldung: Paulus-Akademie, Elisabeth Studer, Carl Spittler-Str. 38, 8053 Zürich, Tel. 01/381 39 69, Fax 01/381 95 01, Internet: www.paulus-akademie.ch

Bedeutung der Menschenrechte für die soziale Arbeit

Am gemeinsamen Kongress des Internationalen Berufsverbandes und der International Association of Schools of Social Work wurde die Bedeutung der Menschenrechte für die soziale Arbeit bekräftigt: Die Menschenrechtskommission wurde beauftragt, die Leitidee der universellen Menschenrechte bei den Professionellen und in der Ausbildung besser zu verankern. Der Kurs der HSA Bern zur «Veränderung der Alltagspraxis aufgrund einer Menschenrechtskultur» richtet sich an Fachleute der sozialen Arbeit, die die Bedeutung der Menschenrechte für die Sozialarbeit und für ihre persönliche Praxis reflektieren wollen. Inhalte sind u.a.: Begrün-

dungen zur Menschenrechtsidee, Positionen im Streit um die Universalität oder Partikularität dieser Rechte, Sozialrechte, Menschenrechte und bestimmte Zielgruppen sozialer Arbeit wie: politische Flüchtlinge, MigrantInnen, Menschen mit Behinderung, Kinder.

Datum/Ort: 21. Januar/25. Februar 2002, je 8.30–17 Uhr, HSA Bern.

Kosten: Fr. 420.–.

Leitung: Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasconi, Techn. Uni Berlin.

Auskunft/Anmeldung bis 21. Oktober: Berner Fachhochschule, HSA Bern, Institut für Weiterbildung, PF 6564, 3001 Bern, Tel. 031/302 76 76, e-mail: wdf@hsa.bfh.ch